

Bildungspolitik in Österreich

Kooperationsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (WIWIPOL) und der Fachgruppe AHS im BSA im österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum am 19. 1. 2015

Sowohl die Vorsitzende der Fachgruppe AHS **Mag. Barbara Huemer** als auch der Moderator **Dr. Patrick Horvath**, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei WIWIPOL, sprechen in ihren Begrüßungsworten von der Diskrepanz die sich zeige, wenn in den Medien von Reformstau und in den Lehrerzimmern von überhasteten Reformen gesprochen werde.

Stadtschulratspräsidentin **Mag. Dr. Susanne Brandsteidl** bekennt, dass ihr Leben leichter sei seit der Sohn maturiert hat. In der Schulzeit richte sich das Familienleben oft nach dem Schularbeitskalender. Die Bildungserwartung der Eltern bilde sich in den Bildungsabschlüssen der Kinder ab. Österreich habe großen Nachholbedarf. Die Bedeutung der Frühförderung wurde sehr spät erkannt. Österreichs Kinder seien im internationalen Vergleich tagsüber relativ kurz in der Schule, eine Ganztagschule sollte die Normalform sein. Die frühe Selektion mit zehn sei ein Fehler, es solle in einer gemeinsamen Schule in Leistungsgruppen gefördert werden. Am Beispiel Frankreich sehe man wie gut das funktioniere, man müsse sich nur das Lycee anschauen. Die Ausbildung der Lehrer/innen sollte tatsächlich für alle gemeinsam erfolgen.

In Wien haben bereits über 50% der Volksschulkinder eine andere Muttersprache als Deutsch. Sie zitiert Bürgermeister Häupl „*Jeder Wiener sollte mindestens zwei Sprachen sprechen*“. Wien habe aber kein Migrations- sondern ein Subproletariatsproblem.

Mag. Beate Meinel-Reisinger, Kandidatin der NEOS für den Wiener Gemeinderat, teilt die Befundanalyse von Brandsteidl, findet es aber unerträglich, dass bei der Bildungspolitik nichts weitergehe. Es sei beschämend, dass man nicht schaffe alle Kinder mitzunehmen. Die NEOS hätten ein ausgefeiltes Konzept, auf der überparteilichen Plattform „Talente blühen“ könne man sich mit Ideen beteiligen. Die autonome Schule mit budgetärer, personeller und pädagogischer Autonomie ist ein Kernanliegen ihrer Partei, in Österreich herrsche aber eine Weisungs- und Misstrauenskultur. Deshalb Minister Heinisch-Hosek die niederländische Autonomie als Utopie bezeichnet. Auch für die NEOS sei die Selektion mit zehn zu früh. Sie beklagt das defizitorientierte System in Österreich, Eltern zahlen für Nachhilfe in Problemfächer und fördern zu wenig die Talente ihrer Kinder. Mit 15 sollten alle Schüler/innen die mittlere Reife machen. Im Bildungssystem liege die einzige Chance für die Integration der Migrant/innen. Eltern müssten ins Boot geholt, die Bildungsberatung an den Schulen verstärkt werden.

SekChef Kurt Nekula vom BMBF gibt einen allgemeinen Überblick über die Ziele des Ressorts im Bildungsbereich: Steigerung des Bildungsniveaus, Verbesserung der Chancengerechtigkeit, Erkennen und Fördern individueller Potentiale, Wahrung der kulturellen und sprachlichen Identität, Intensivierung der Integrationsbemühungen. In der letzten Regierungsperiode standen Kompetenzorientierung, Individualisierung in den Sekundarstufen 1 und 2 und das Nachholen von Bildungsabschlüssen im Fokus, derzeit sind es Kindergarten- und Volksschule, optimale Förderung in der Sek. 1 und bei den Übergängen, ganztägige Schulformen und Freizeitpädagogik. Statt Autonomie möchte er eher von „Entscheidungsmöglichkeiten am Standort“ sprechen. Die Pädagog/innenbildung Neu sei auf einem guten Weg. Qualitätsentwicklung am Standort und inklusive Bildung als große Herausforderung seien weitere Themen.

Mag. Heidi Schrodtt, ehemalige Direktorin eines Wiener Gymnasiums und Buchautorin, verweist auf die großen Veränderungen der letzten Jahre im Bereich der Migration. Diese zeige sich nicht nur in Wien, auch in den Kleinstädten. Die Schulpolitik habe viel zu spät darauf reagiert. Die Schule sei in ihrer Struktur in den 60er Jahren stehen geblieben und gehe noch immer von einer monolingua-

len Bevölkerung aus. Es gebe aber große Unterschiede innerhalb Österreichs. Im 5. Bezirk in Wien sprechen 90% ¹der Kinder eine andere Erstsprache als Deutsch, in Zwettl 1%. Migrationshintergrund per se sage noch nichts aus, es gehe um die Kombination aus Migrationshintergrund, bildungsfernes Elternhaus und Armut. Der Ausgleich werde schlecht geschafft. „*Die neue Mittelschule hat es nicht gebracht*“. Das verpflichtende Kindergartenjahr kam viel zu spät und reiche nicht aus, denn für das perfekte Erlernen der Zweitsprache brauche man fünf bis acht Jahre. Sie spricht sich für fließende Übergänge, die ersatzlose Streichung der Trennung mit zehn, eine flächendeckende Ganztagschule, mehr Unterstützungspersonal und die Ausbildung der Elementarpädagog/innen auf tertiärem Niveau aus. Zuletzt verweist sie auf das große Problem der Quereinsteiger/innen die nicht mehr schulpflichtig sind.

In der folgenden **Diskussion** mit dem Publikum werden teilweise sehr persönliche Einzelprobleme angesprochen. Weiters wird angemerkt, dass mehr über Inhalte und weniger über Organisation gesprochen werden sollte. Ein **Teilnehmer** fragt nach der Schließung von Kleinschulen, ein anderer, ob Nekula seine Meinung oder die der Ministerin ausdrücke. Für einen **Teilnehmer** ist die Schule so schlecht wie nie zuvor, Zuwanderung müsste gestoppt werden. Der **Obmann der Lerntafel** meint, er hätte viele Konzepte wie man ohne finanziellen Mehraufwand Verbesserungen erreichen könne, derzeit werde individuelles Unterrichten sehr erschwert.

Schrodt stimmt zu, dass Inhalte oft vernachlässigt werden. Bezüglich Organisation verweist sie auf ein Gespräch mit John Hattie, Autor einer großen Studie, der die Bedeutung der Lehrperson für eine erfolgreiche Schule in den Mittelpunkt stellte. Er habe sich aber nur mit Gesamtschulsystemen befasst, daher könne man aus dieser Studie nicht ableiten, dass es keine Rolle spiele, ob es sich um ein differenziertes Schulsystem oder ein Gesamtschulsystem handle. **Brandsteidl** spricht von „rasend vielen“ Kleinschulen mit nur einer Klasse. Da gingen den Ballungsräumen Ressourcen verloren. **Meinl-Reisinger** beklagt den zu geringen Entscheidungsspielraum an den Schulstandorten. Sie spricht sich für eine indexbasierte Finanzierung aus, das Geld müsse dem Schüler folgen, unabhängig ob es sich um eine private oder öffentliche Schule handle. **Nekula** meint, dass Maturaarbeiten von vor 20 Jahren heute Stoff der 6. Klasse wären. Strukturfragen seien wichtig, man müsse aber immer die Qualität mitdenken. „*Wir jammern zwar viel, verhindern aber Verbesserungen*“. Seit 2007 wurden 700 Dienstposten im Ministerium eingespart. Bei den Schulen gehe es nicht um Schließungen sondern um eine Verwaltungszusammenlegungen. Er verweist dabei auch auf Schulzentren mit einem kleinen ORG, einer kleinen HAK und einer kleinen HBLA, die derzeit gegeneinander um Schüler/innen kämpfen. Hier wäre ein Zusammenschluss unter einem Dach sinnvoll. Er vertrete selbstverständlich die Meinung des Ressorts.

Ein **Schüler**, der selbst Lehrer werden möchte, sieht die neue Ausbildung mit weniger Fachwissen zugunsten der Pädagogik skeptisch. Er hätte gerne mehr Möglichkeiten sich bereits in der Oberstufe auf Fächer spezialisieren zu können. Er fragt auch, welchen Sinn der ständige Hinweis auf die Bildungsvererbung habe. Ein **Vater** sieht die Schulentwicklung eher positiv, er möchte nicht mehr in eine Schule gehen, die wie sein altes Gymnasium sei. Er spricht sich für eine gerechtere Verteilung der Ressourcen innerhalb Wiens aus. Ein anderer **Teilnehmer** fragt, ob die Kinder bei uns in der Schule verblöden. Ein **AHS Lehrer** meint, dass Österreich die Integration der Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei lange verschlafen habe. Eine Schülerin, die jetzt eine VWA schreibt, wird auf diese wahrscheinlich eine negative Note bekommen, da sie keine Unterstützung vom Elternhaus hat. Im Studium werde nicht auf den Umgang mit Kindern mit Migrationshintergrund vorbereitet.

Schrodt bedauert auch, dass die Debatte sehr defizitorientiert geführt werde. Die Datenerhebung zur sozialen Ungerechtigkeit solle ein Anstoß für mehr Gerechtigkeit sein. Margareten könne sich freuen ein internationaler Bezirk zu sein. **Nekula** meint, dass mehr Pädagogik in der Lehrerausbil-

1 Wird in der Diskussion auf 95% korrigiert.

dung wichtig sei um besser mit der heutigen Schüलगeneration umgehen zu können. Ihn stört das Entweder – Oder in der Debatte. Literatur werde entgegen anderslautenden Behauptungen nicht abgeschafft, sondern sei zum ersten Mal verpflichtend bei der Matura. Alle Lehrkräfte aller Fächer seien für die sprachliche Förderung zuständig. Die Risikogruppen bestünden zu zwei Drittel aus österreichischen Kindern. Im OECD Vergleich der Ballungsräume schneide Wien gut ab. **Meinl-Reisinger** sieht es als Nachteil, dass es fast keine Lehrer/innen mit Migrationshintergrund gebe. Oft könnten die Kinder auch ihre Erstsprache nicht gut. Sie wünscht sich eine Modellregion für eine wirklich autonome Schule und wundert sich, dass in Wien die Eltern so wenig protestieren. In deutschen Städten sei das ganz anders. **Brandsteidl** meint, dass man statistisch prognostizieren könne, was aus einem Kind werde, wenn man folgende Fakten kenne: Bildungshintergrund der Eltern, Migrationshintergrund ja oder nein, Stadt oder Land. (Ein Teilnehmer bezeichnet das als Geschwätz). In Wien gebe es die indexbasierte Ressourcenzuteilung bereits, Schulen in Hietzing werden anders behandelt als solche im 20. Bezirk. Zum Abschluss meint sie, dass sie zu ihrem Team im Stadtschulrat sage: „*Eltern kann man nicht austauschen, man muss mit denen umgehen, die da sind!*“

Dr. Christine Krawarik